



Amtsgericht Bad Berleburg

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

**Mittwoch, 12.11.2025, 14:00 Uhr,
Sitzungssaal 1, Im Herrengarten 5, 57319 Bad Berleburg**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Zinse, Blatt 48,
BV lfd. Nr. 39**

Gemarkung Zinse, Flur 1, Flurstück 238, Landwirtschaftsfläche, Gebäude- und Freifläche, Waldfläche, Verkehrsfläche, Hilchenbacher Weg 1, Trift 1, An der Winterseite, Größe: 43.081 m²

versteigert werden.

Auszugsweise Beschreibung laut Wertgutachten ohne Gewähr für die Richtigkeit:

Auf dem insgesamt 43.081 qm großen Grundstück befindet sich ein Haupthaus (BJ ca. 1900), ein Nebengebäude (BJ 1951), eine Scheune (BJ unbekannt) und eine Doppelgarage (BJ ca. 1970). Bei dem Haupthaus handelt es sich um ein zweigeschossiges vollunterkellertes Gebäude mit nicht ausgebautem Dachgeschoss mit einer Bruttogrundfläche von 320,63 m². Das Nebengebäude wurde Anfang der 70 -er Jahre zu einer 65 m² großen Wohnung mit Garage umgebaut, hier beträgt die Bruttogrundfläche 96,92 m². Bei der Scheune handelt es sich um ein nicht ausgebautes Fachwerkgebäude. Die vorgenannte Doppelgarage wurde in Massivbauweise errichtet und ist renovierungsbedürftig.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 06.02.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

236.500,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.